Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 40 (1946)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : der Kampf gegen den Hunger ; Die Aufgabe der Vereinten Nationen ; Eine vorläufige Lösung ; Faschismus und Kommunismus ; Die "östlichen Demokratien" ; Im vorderen Orient ; Indien, Indonesien und Ostasien ; Sozialistische Demokratie

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138824

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

danke. Daß er nicht von einem Profeſſor oder berühmten Schriftſteller ſtammt, ſondern von einem Handwerker, macht ihn für mich nur umſo wertvoller." Daß er ſolche Worte ſchreiben konnte, bezeugt, daß ihn kein Felsmaſſiv der Gelehrſamkeit und Ueberlegenheit vom ungeſchulten Manne zu trennen vermochte. Seine umfaſſende Menſchlichkeit wird ihn auch einmal im wahren „Jahrhundert des Volks" dem Volke zugänglich machen. *H. Mathys.*

Weltrundſchau

Der Kampf gegen den Hunger

Schöner als je iſt heuer der Frühling in unſerem kriegsverſchonten Land aufgeblüht. Während ich dies ſchreibe, ſchweift mein Blick immer wieder hinaus in die ſich verjüngende Natur: auf prangende Gärten, grünende Saaten, blühende Rebberge. Und doch will das Herz nicht ſo recht froh werden über den Segen, der ſich hier ausbreitet, denn gleich dahinter, keine halbe Wegſtunde entfernt, fängt, auf franzöſiſchem Boden, ſchon wieder das europäiſche Elend an. Der Kampf mit dem Hunger iſt ja noch lang nicht gewonnen. Wohl hat die UNRRA mit ihrem neuen, energiſchen Leiter La Guardia, haben verſchiedene Regierungen und zahlreiche private Hilfsorganiſationen viel zur Linderung der Not getan, und das Gewiſſen der gut ernährten Hälfte der Menſchheit iſt doch etwas aufgerüttelt worden, ſo daß es das unter uns geſchehende Rieſenverbrechen nicht mehr ſo unbewegt zu ertragen vermag. Aber alles, was bisher getan worden iſt, reicht noch immer nicht. Nach Herbert Hoover ſind auch auf der „grauſen und gefährlichen" Mindeſtgrundlage von 1500 Kalorien täglich 150 Millionen Menſchen bis zum Herbſt vom Hungertod bedroht; in Europa allein gibt es 20 Millionen unterernährte und kranke Kinder. Von den 11 Millionen Tonnen Brotgetreide, die ſofort nötig ſind, fehlen immer noch 5 Millionen. Und ſo wüten eben Hunger, Krankheit und Tod in Europa und Aſien mit wenig verminderter Gewalt weiter.

Die Schuld daran, daß die durch Krieg und Mißwachs entſtandene Not nicht vollſtändiger gebannt werden kann, ſcheint hauptſächlich bei der vielgerühmten *„Privatinitiative"* zu liegen, die, zum Teil infolge der Aufhebung läſtiger Staatskontrollen, beſonders in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Argentinien ihren Vorteil darin findet, Getreide dem Vieh zu verfüttern und Mais und Korn zu verheizen. Die Behauptung, auch die Sowjetunion halte trotz überſchüſſiger Vorräte in „hartherzigſter Selbſtſucht" Getreide zurück (ſo zu leſen in der „Neuen Zürcher Zeitung"), iſt wohl angeſichts der Enthüllungen des Londoner „Economiſt" über den Zuſammenbruch der ruſſiſchen Landwirtſchaft als Verleumdung mit durchſichtigem Zweck zu betrachten.[1]

Die Aufgabe der Vereinten Nationen

Es wäre bei dieser ganzen Lage die dringlichste Aufgabe der Vereinten Nationen, einen umfassenden Plan für die Rettung der vom Hunger betroffenen Völker, dazu einen solchen für die Versorgung aller Länder mit Rohstoffen, vor allem Kohle, überhaupt für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Welt und nicht zuletzt für die Nutzbarmachung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken auszuarbeiten und durchzuführen. Insbesondere für Europa müßte ein radikaler Wirtschafts- und Sozialisierungsplan aufgestellt werden, der mit dem Unfug der mehr oder weniger geschlossenen Nationalwirtschaften gründlich aufräumte.[2] Die Wirtschafts- und Sozialorganisation der Vereinten Nationen wäre dafür das gegebene Werkzeug, und an der Aufgabe kollektiver Sicherung der wirtschaftlichen Existenz könnte auch der Geist kollektiver Friedenssicherung entscheidend wachsen.

Angesichts der Tatsache, daß der *erste Völkerbund* vor allem am Fehlen einer solidarischen Weltwirtschaft gescheitert ist, die der politischen Solidarität der Nationen allein hätte die feste Grundlage geben können, sollte man auch wirklich meinen, daß sich die Träger des zweiten Völkerbundes ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben klar bewußt wären. Aber bei der feierlichen Einsargung des Völkerbunds, die kürzlich in Genf stattgefunden hat, ist nur ganz vereinzelt, am deutlichsten von dem tschechoslowakischen Vertreter Kopecky, daran erinnert worden, daß es die Kräfte der kapitalistischen Anarchie und der sozialen Reaktion waren, die es fertiggebracht haben, „die Tätigkeit einer Einrichtung zu unterdrücken und einzuschränken, die als Werkzeug zur Verteidigung der internationalen Demokratie gedacht war".[3] Und es sieht bis jetzt noch recht wenig darnach aus, daß

---

[1] Der Moskauer Korrespondent des „Daily Herald" (15. 4.) stellt fest, daß die Ernährungslage in Rußland durch zwei hervorstechende Tatsachen beherrscht werde. „Erstens: das russische Lebensniveau hat sich seit 1942 um mindestens 100 Prozent gehoben; zweitens: es ist immer noch viel tiefer als in der Vorkriegszeit." Trotzdem seien die Russen noch besser daran als manche europäischen Länder.

[2] Als Vorstudie dazu vgl. den Entwurf, den im Namen einer Gruppe deutscher Sozialisten in London Walter *Fließ* unter dem Titel „Die Wirtschaft im neuen Europa" veröffentlicht hat.

[3] Sehr nett ist es, daß bei dieser Gelegenheit sogar die „Neue Zürcher Zeitung" von dem wegen des Angriffes auf Finnland verfügten Ausschluß der Sowjetunion aus dem Völkerbund deutlich abrückte. „Man hatte in Genf", so las man da, „weder von dem erzwungenen ‚Anschluß' Oesterreichs noch von Hitlers Ueberfall auf die Tschechoslowakei Notiz genommen, und als Polen keinen Appell an den Völkerbund richtete, fand sich auch keine andere Macht veranlaßt, diesen auf den im Osten ausgebrochenen Konflikt hinzuweisen. Sogar die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland wurde damals im Völkerbund offiziell ignoriert. Nur der russisch-finnische Konflikt setzte seinen Apparat in Bewegung. Das Ergebnis war, wie man damals schon ahnen konnte, eine Torheit... Unglücklicherweise haben aber die Russen ein gutes Gedächtnis. Die Affäre von 1939 hat unzweifelhaft noch die bedauerlichen Komplikationen der Beziehungen zwischen den Siegermächten gefördert." Späte Erkenntnis!

die führenden alliierten Mächte aus der Vergangenheit ſchon viel gelernt hätten. Die Vereinten Nationen ſind jedenfalls noch weit davon entfernt, als Organiſation der politiſchen und wirtſchaftlichen Solidarität unter den Völkern das zu leiſten, was ſie trotz allen Gebrechen ihrer Verfaſſung leiſten *könnten*, wenn der Antrieb dazu ſtark genug wäre. Sie ſind vorläufig noch mehr ein Forum zur Austragung machtpolitiſcher Gegenſätze unter den Großen als das maßgebende Organ zur grundſätzlichen *Ueberwindung* der Machtpolitik. Die Ruſſen gleicherweiſe wie die Engländer und Amerikaner benützen ſie vor allem dazu, Entſcheide zu verhindern, die ihren im alten Sinne verſtandenen Sicherheitsintereſſen widerſtreiten, und Entſcheidungen herbeizuführen, die auf der Linie dieſer Sicherheitsintereſſen liegen, und danebenher geht eine Außenpolitik, die ungefähr im Stile der überlieferten Kabinettsdiplomatie über Völkerſchickſale und Ländergrenzen entſcheidet, wie wenn es überhaupt keine internationale Rechts- und Friedensorganiſation gäbe.

Ein Ausdruck dieſer Politik iſt einerſeits die gegenwärtig in Paris tagende *Konferenz der Außenminiſter*, die eine erſte Serie von Friedensverträgen vorbereiten ſoll und ſich bisher (vergeblich!) insbeſondere mit den Problemen Italiens befaßt hat,[1] anderſeits die in London verſammelte *britiſche Reichskonferenz*, die ein förmliches Syſtem militäriſcher Sicherung der britiſchen Inſeln, der Dominien und der überſeeiſchen Beſitzungen Großbritanniens (gegen wen?) ausarbeitet, in Anlehnung an das entſprechende Syſtem der Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei iſt es doch widerſinnig, neben einer internationalen Rechts- und Friedensordnung, die ihrem Weſen nach die Sicherung der Exiſtenz der Völker zu *ihrer* ausſchließlichen Angelegenheit macht und namentlich auch allen Grenzfragen ihre bisherige, überragende Bedeutung nimmt, noch beſondere Friedensverträge abzuſchließen, die notwendigerweiſe das Weiterbeſtehen der internationalen Unordnung voraussetzen. Soll denn wirklich der Fehler der Zeit nach 1919 wiederholt werden, wo neben dem Völkerbund das alte Kräfteſpiel ſouveräner Nationalſtaaten weitergeduldet wurde mit der Wirkung, daß die nationale Souveränität eben die internationale Solidarität immer mehr verdrängte? Die Ablöſung dieſes Syſtems durch eine handlungsfähige Weltorganiſation, welche die Souveränität — die oberſte Entſcheidungsgewalt — bei ſich ſelber vereinigt und über die ausſchlag-

[1] Der Beſchluß, das *Südtirol* bei Italien zu belaſſen, iſt beſonders ungerecht; er iſt wohl als Kompenſation für eine Italiens Wünſchen weniger entſprechende „Löſung" der Frage von *Trieſt* und Iſtrien gedacht, die in Ausſicht genommen ſcheint und insbeſondere von den Ruſſen direkt verlangt wird. Die Frage von Trieſt hat im übrigen größte Aehnlichkeit mit der einſtigen *Danziger* Frage.

Inzwiſchen iſt die Außenminiſterkonferenz mehr oder weniger unverrichteter Sache auseinandergegangen. Ob ſie am 15. Juni unter günſtigeren Bedingungen erneut zuſammentreten kann, erſcheint fraglich. Gar im Juli eine erſte Tagung der Friedenskonferenz abzuhalten, iſt vollends phantaſtiſch. (18. 5.)

gebenden militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel allein verfügt, kann letzten Endes einzig die Völker vor einer neuen Katastrophe bewahren.

Eine vorläufige Lösung

Jede Annäherung an dieses Ziel setzt unter den nun einmal bestehenden Verhältnissen eine *aufrichtige Verständigung zwischen den angelsächsischen Reichen und der Sowjetunion* voraus. Und das bedeutet, wie immer wieder betont werden muß, nicht nur das Einschlagen eines neuen Kurses in Moskau, sondern auch eine entscheidende Wendung der Politik Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, eine grundsätzliche Abkehr von jenem Imperialismus, der — nach einem Anlauf in ganz anderer Richtung — die Sowjetunion auf ihren jetzigen Weg gedrängt hat. Sind die beiden Mächtegruppen dazu bereit?

Die letzten Auseinandersetzungen vor dem Sicherheitsrat lassen wenig davon erkennen. In der *persischen* Streitfrage beharrt Rußland, trotz dem nun abgeschlossenen Rückzug seiner Truppen aus Aserbeidschan, auf seinem Recht, an seiner Südgrenze eine „zuverlässige" politische Ordnung und gleichzeitig von der persischen Regierung Petrolkonzessionen im gleichen Rang mit Großbritannien und Amerika zu bekommen.[1] England aber führt ebenso konsequent sein außenpolitisches Programm aus, das auf Grund von direkten Erklärungen eines Bevin sehr naheſtehenden, ungenannten Labourministers Jon Kimche in der „Roten Revue" folgendermaßen umschreibt: Es sei das Ziel Großbritanniens, „1. die Russen zu zwingen, aus dem Dunkel ans Tageslicht zu kommen und ihre gegenwärtige Politik vor aller Oeffentlichkeit zu vertreten und zu erklären; 2. von der UNO als Plattform Gebrauch machend, der Welt die britische Politik zu erklären; 3. ganz offen der heutigen russischen Politik gegenüber einen demokratischen Block zu schaffen, nicht um die Gegensätze zu verewigen, sondern im Gegenteil, um den Russen klar zu machen, daß ihre gegenwärtige Politik zu nichts führt, und sie auf diesem Umwege dazu zu bringen, eine echte Politik der Zusammenarbeit zu betreiben".

Doch scheint diese allzu selbstgerechte Haltung nicht mehr die einmütige Billigung der sozialistischen und liberalen öffentlichen Meinung Englands zu finden. Es genüge keineswegs, so bemerkte beispielsweise der „New Statesman", die Russen vor dem Sicherheitsrat *juristisch* ins Unrecht zu setzen; wichtiger sei, die britische Politik *substantiell* zu ändern. Die westliche Welt vergesse allzusehr, daß Rußland in seinem Streben nach Sicherheit und Rohstoffen „nur so auftritt, wie wir

[1] Wie jetzt bekannt wird, hat die russische Petrolindustrie unter dem Krieg viel schwerer gelitten, als man bisher annahm. Allein in den beiden Gebieten von Krasnodar und Grozny (im Kaukasus) sind Oelquellen mit einer Produktion von fünf Millionen Tonnen jährlich zerstört worden. Der Oelmangel soll darum in der Sowjetunion außerordentlich groß sein.

und andere Großmächte in der Vergangenheit aufgetreten ſind" (und immer noch auftreten!). Es komme jetzt alles darauf an, „den alten Imperialismus durch ein Angebot an die Sowjetunion zu erſetzen, gemeinſam mit ihr Oelkonzeſſionen zu verteilen und dafür zu ſorgen, daß die Regierung eines Nachbarlandes nicht länger der Herd eines ſowjetfeindlichen Ränkeſpieles iſt, und daß die ſoziale Entwicklung, in bezug auf die er (Bevin) und die Leiter der Sowjetunion einer Meinung ſind, auf ganz Perſien und den mittleren Oſten Anwendung findet".

Wenn dieſe verſtändige Auffaſſung Gemeingut der leitenden Kreiſe Englands und Amerikas würde, wäre ein großer Fortſchritt auf dem Wege zur Verſtändigung zwiſchen der Sowjetunion und den angelſächſiſchen Mächten geſichert oder zumindeſt angebahnt. Die ausdrückliche oder ſtillſchweigende Übereinkunft, die beide Teile zu treffen hätten, beſtünde dabei offenbar im Weſentlichen darin, daß ſowohl England/Amerika wie Rußland ihre reſpektiven „*Einflußzonen*", vorab in Europa, dann aber auch ſonſt in der Welt, *anerkennten* und ſich gegenſeitig der Einmiſchung in ſie enthielten. Wer vor einem ſolchen Gedanken ſkandaliſiert zurückſchreckt, der ſei auf die Aeußerung hingewieſen, die dazu die „Peace News", ein ſonſt ſehr doktrinär-pazifiſtiſches engliſches Wochenblatt, macht:

„Was wir auch von dieſer Löſung denken mögen — ſie iſt jetzt ſicherlich die einzig mögliche. Sie macht keinen Anſpruch auf Gerechtigkeit oder Grundſätzlichkeit im Verhältnis der großen Drei zu einander. Gerechtigkeit und Grundſätzlichkeit wird es hier nur ſoviel geben, wie von ihnen ſelbſt in ihren eigenen Zonen geübt werden wird. Angeſichts der großen Gegenſätzlichkeit zwiſchen den ruſſiſchen und den weſtlichen Ideen iſt ein anderer Ausweg überhaupt nicht möglich. Er muß eben realiſtiſch angenommen werden... Für einen Engländer hält es ſchwer, ſich mit einer derartigen Regelung abzufinden. Das iſt ja, ſo ſind wir gewohnheitsmäßig zu ſagen verſucht, gerade die Art Regelung, die zum Kriege führt. Aber es iſt durchaus wahrſcheinlich, daß die alten Argumente ihre Bedeutung eingebüßt haben. Die hypothetiſche Völkergemeinſchaft, auf die ſich die Friedensverträge der Vergangenheit ſtützten, oder die ſie zum mindeſten als Hintergrund vorausſetzten, hat aufgehört zu beſtehen. Jetzt gibt es eine Völkergemeinſchaft, die ſich auf Grund einer beſtimmten Weltanſchauung um Rußland herum gruppiert, und eine loſere und freiere Völkergemeinſchaft, die ſich auf Grund einer ganz anderen Anſchauung um die Vereinigten Staaten und Großbritannien herum gruppiert. Ihre Verſchiedenartigkeit und die Unmöglichkeit (wenigſtens auf Jahre hinaus) einer echten Gemeinſchaft oder eines wirklichen Verſtändniſſes zwiſchen ihnen anzuerkennen, heißt durchaus nicht die Unvermeidlichkeit eines Krieges zwiſchen ihnen anerkennen.

...Man muß der Verſuchung widerſtehen, die Kennzeichen des liberalen Zeitalters gleichförmig auf das neue Europa anzuwenden. Auch im alten Europa ſchon wurde ihre Gültigkeit um ſo äußerlicher, je mehr man von Weſten nach Oſten rückte. Daß nun ihr Geltungsbereich endgültig auf ein Gebiet beſchränkt ſein ſoll, wo ſie nach dem Geiſt wie nach dem Buchſtaben angewandt werden müſſen, kann ſich auf die Länge nur als gut erweiſen. Worauf es vor allen Dingen ankommt, das iſt, daß ſich Weſteuropa auf dem Boden ſeiner eigenen Prinzipien ebenſo gründlich organiſiert, wie dies Oſteuropa auf dem Boden der ruſſiſchen Prinzipien tut. Gefahr für den Frieden wird nur entſtehen, wenn Weſteuropa in ſeiner Anhänglichkeit an ſeine eigenen geſchichtlichen Prinzipien geſpalten iſt."

Faschismus und Kommunismus Schauen wir uns von diesem Standpunkt aus in Europa um, so stellen wir freilich sofort fest, daß die freiheitlich-demokratischen Prinzipien, die zu seinem besten Erbgut gehören (ohne deswegen im Gegensatz zum Sozialismus zu stehen), bereits weithin die Herrschaft über die Geister verloren haben.

Da ist zunächst die Tatsache des *Faschismus und Nazismus,* der moralisch noch keineswegs besiegt ist. In Spanien und Portugal hat er sich auch durch den zweiten Weltkrieg hindurch offen an der Macht behaupten können, und die kapitalistischen Demokratien haben sich bis jetzt als empörend unfähig oder unwillig erwiesen, über bloße papierene Resolutionen hinaus ihm den Meister zu zeigen. In einer ganzen Reihe anderer Länder besteht die faschistische Gefahr latent, sei es in Gestalt reaktionärer, insbesondere klerikaler oder auch monarchistischer Volksbewegungen, sei es als versuchte Wiedererweckung der eigentlichen, „klassischen" Diktaturideologien. Zur ersten Kategorie sind etwa Oesterreich, zum Teil auch Deutschland, dann Ungarn, Italien, Griechenland, Belgien und nicht zuletzt Frankreich zu zählen; die im Augenblick des Abschlusses unserer Rundschau bekannt gewordene *Verwerfung der neuen französischen Verfassung* zeigt ja neuerdings, wie stark in Frankreich die Rechte bereits wieder geworden ist.[1] In die zweite Kategorie fallen, neben Polen, Rumänien, Jugoslawien und anderen Ländern des europäischen Mittelostens, vor allem Italien und Deutschland, wo auf dem Hintergrund schwerer wirtschaftlicher Not Faschismus und Nazismus neuerdings eine bedenkliche Anziehungskraft gewinnen. Was insbesondere Deutschland betrifft, so hat sich auch in der Berichtszeit wieder erwiesen, daß der Nürnberger Schau-

[1] Man darf sich durch die von der Rechten während des Abstimmungskampfes in den Vordergrund geschobenen staatsrechtlichen Fragen nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß die Verfassung der ersten Nationalversammlung nicht ihren *formalen* Mängeln zum Opfer gefallen ist, sondern den *sachlichen* Tendenzen, die hinter ihr standen. Es ist vollkommen richtig, daß die Schöpfer der Verfassung eine starke Regierung ermöglichen wollten, die — im Gegensatz zu dem kläglichen parlamentarischen Betrieb der Dritten Republik — nicht hätte von der nächstbesten Kulissenintrige weggefegt werden, sondern einen zielbewußten, tatkräftigen Kurs verfolgen können, und es ist ebenso richtig, daß darin die Gefahr eines gewissen „totalitären Demokratismus" lag, wie man das jetzt zu heißen pflegt. Allein die Gegner des Verfassungsentwurfes sind ja doch mit Ausnahme der Radikalen und ähnlicher kleinerer Gruppen, alles andere als Gegner von starken Regierungen; sie sind sogar sehr begeistert für eine kraftvolle Staatsführung — vorausgesetzt, daß sie ihren eigenen, konservativ-reaktionären Zielen dient. Diejenige Politik aber, welche die Schöpfer der nun verworfenen Verfassung im Auge hatten, war *sozialistischen* Charakters, ja sie schloß sogar die Gefahr kommunistischer „Experimente" in sich. Und *das* war es, was um jeden Preis verhindert werden mußte. Die „Partei- und Parlamentsdiktatur", die die Verfassungsgegner als Bauern- und Bürgerschreck an die Wand malten, wurde von ihnen selbst nicht ernst genommen, und auch ganz objektiv ist zu sagen, daß die absolute Machtstellung, die die britische Verfassung dem Unterhaus (das Oberhaus hat

prozeß ſeine volkserzieheriſche und -bekehrende Wirkung faſt vollſtändig verfehlt; ſehr glaubhaft wird im Gegenteil berichtet, der Nationalismus ſei in den letzten Monaten mächtig angeſchwollen, und auch in den Kreiſen erprobter Gegner des Dritten Reiches drohe „eine ausgeſprochen chauviniſtiſche Stimmung überhand zu nehmen". „Wenn die Sieger jetzt das Land verließen, dann wäre ein neuer extremiſtiſcher Ausbruch zu befürchten." [1]

Auf der andern Seite greift in Mittel-, Weſt- und Südeuropa der *Kommunismus* in einem Maße um ſich, daß ihm viele bereits den nahen Sieg, wenigſtens auf dem Feſtland, prophezeien. Das gilt für Frankreich, wo die Kommuniſten gegenwärtig wohl die ſtärkſte politiſche Kraft darſtellen und neuerdings auch den Gewerkſchaftsbund erobert haben, und in geringerem Grad auch für Italien; es gilt aber insbeſondere wieder für *Deutſchland*, wo leitende weſtalliierte Kreiſe damit rechnen ſollen, daß der Kommunismus „ſich immer mehr zu einem Nationalkommunismus von dem gleichen Selbſtbewußtſein wie der ruſſiſche entwickle und ſchließlich der vereinigte deutſche und ruſſiſche Kommunismus eine unbeſtrittene Machtſtellung in Europa erringen werde". [2] Und zwar zeigt ſich nach allen Berichten dieſe Entwicklung nicht nur in der ruſſiſchen Zone, wo die Beſetzungsbehörden die Kommuniſierungspolitik planmäßig und nötigenfalls mit unverhüllter Gewaltanwendung betreiben, ſondern zum Teil auch im Weſten und Süden, namentlich im Ruhrgebiet. Die franzöſiſchen Pläne für eine Abtrennung der Ruhr und des Rheinlands vom übrigen Deutſchland tragen dazu nicht weniger bei als der phantaſtiſche alliierte Wirtſchaftsplan, der in England und Amerika ſelbſt ſoviel angefochten wird und beiſpielsweiſe vom „Economiſt" einer geradezu verheerenden Kritik unterzogen wurde mit der Schlußfolgerung: „Was da für Deutſchland geplant wird, iſt ein Lebensniveau, das weit unter

---

tatſächlich nichts Weſentliches mehr zu ſagen) und der es beherrſchenden Partei ſowie insbeſondere der aus ihr hervorgegangenen Regierung einräumt, mindeſtens ſo ſtark iſt wie diejenige, die nach dem abgelehnten Entwurf die franzöſiſche Kammer und die von ihr gewählte Regierung gehabt hätte, die immerhin eine auf Grund des Verhältniswahlrechtes zuſtandegekommene Parlamentsmehrheit hinter ſich hätte haben müſſen. Die Labourpartei, die nicht einmal über eine Mehrheit in der Wählerſchaft verfügt, könnte ihre Sozialiſierungspolitik niemals durchführen, wenn ſie an eine Verfaſſung gebunden wäre, wie die franzöſiſche Rechte ſie haben will. Aber eben — England iſt nicht Frankreich. Die Labourpartei iſt einem *demokratiſchen* Sozialismus verſchrieben, wie er dem Geiſte des öffentlichen Lebens in Großbritannien entſpricht, während in Frankreich diejenige Linkspartei, die in bezug auf die Demokratie zuverläſſig iſt, nur noch bedingt als ſozialiſtiſch angeſprochen werden kann, und die andere Linkspartei zwar entſchloſſen ſozialiſtiſch, aber durchaus nicht demokratiſch iſt. Die franzöſiſche Kriſe iſt damit aufs neue akut geworden, ohne daß man zu ſehen vermöchte, wie ſie zu überwinden iſt. Man kann der weiteren Entwicklung der Dinge in Frankreich jedenfalls nur mit Sorge entgegenblicken.

[1] „N. Z. Z." Nr. 713.

[2] „Nationalzeitung" Nr. 162.

dem europäiſchen Niveau und demjenigen Deutſchlands ſelbſt während der großen Wirtſchaftskriſe ſteht."

Die «östlichen Demokratien» Noch viel ſtärker iſt natürlich die Stellung des Kommunismus in den Ländern des europäiſchen Mittelooſtens, die die eigentliche ruſſiſche Einflußzone bilden und unter der wenig verſchleierten Oberherrſchaft der Sowjetunion, teilweiſe ſogar unter einer eigentlichen kommuniſtiſchen Diktatur, ſtehen.

Eine Sonderſtellung nimmt unter ihnen die *Tſchechoſlowakei* ein, wo, in althuſſitiſchem Erdreich verwurzelt, ſeit Maſaryks Zeit die moderne Demokratie ſtark Fuß gefaßt hat und die ruſſiſche Vormundſchaft bitter empfunden, ja zum Teil leidenſchaftlich abgelehnt wird. Die am 26. Mai ſtattfindenden Wahlen werden, ſofern nicht nur die Stimmabgabe ſelbſt, ſondern auch die Meinungsbildung frei iſt, einigermaßen Aufſchluß über die Geſinnung des Volkes geben; ziemlich allgemein rechnet man indeſſen ſchon jetzt mit ſtarken Erfolgen der Kommuniſten, die gegenwärtig eine Million Mitglieder haben ſollen, und für Mähren und die Slowakei mit ſolchen der katholiſchen Parteien.

Die übrigen Staaten des mittleren Oſtens: *Polen, Ungarn, Jugoſlawien, Bulgarien, Rumänien,* ſind alles „Länder ohne Demokratie" im weſtlichen Sinn. Das heißt, das parlamentariſche Regierungsſyſtem war bei ihnen immer nur Faſſade, angeklebt an eine ganz andere, weſentlich autokratiſche Staatsſtruktur. Und mit Ausnahme von Ungarn, das ſich dank der öffentlichen Stimmabgabe auf dem Lande und den bewährten Druckmitteln der Großgrundbeſitzerklaſſe den Luxus einer „ſouveränen Volksvertretung" leiſten konnte, ſetzten ſich zwiſchen den beiden Kriegen überall auch der Form nach Diktaturen an die Stelle ſogenannter verfaſſungsmäßiger Regierungen. Der Grund für dieſe politiſche Struktur der mittelöſtlichen Länder in der Zwiſchenkriegszeit liegt teils im Fehlen einer tiefgreifenden geiſtigen Revolution, wie ſie der Weſten ſeit dem Beginn der Neuzeit in verſchiedenen Formen durchgemacht hat, teils in dem zugleich feudalen und brutalkapitaliſtiſchen Charakter ihrer Wirtſchafts- und Geſellſchaftsverfaſſung: ausgeſprochenes Uebergewicht der Landwirtſchaft mit jammervoll armſeligen Lebensverhältniſſen der Bevölkerung auch dort, wo kein Großgrundbeſitz herrſchte; geringe Bedeutung der verarbeitenden Induſtrie; Vorwiegen einer primitiv organiſierten, meiſt von ausländiſchem Kapital betriebenen Rohſtoffinduſtrie (Petrol, Kohle uſw.) mit tiefſtehendem Proletariat; ſcharfe ſoziale Gegenſätze zwiſchen den verelendeten, ausgeplünderten Volksmaſſen und der agrariſchen, induſtriellen und finanzkapitaliſtiſchen Herrenklaſſe; Abweſenheit jener wirtſchaftlich unabhängigen bürgerlichen Mittelſchicht, die in Weſteuropa und Amerika die Trägerin der liberalen Demokratie war.

Schon aus dieſem ſummariſchen Ueberblick geht hervor, daß es

verfehlt wäre, den öſtlichen Ländern die *parlamentariſche Demokratie* aufzwingen zu wollen, wie es jetzt Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Polen gegenüber tatſächlich verſucht wird, im Falle Polens ſogar unter Anwendung wirtſchaftlichen Druckes durch Amerika, das zunächſt nur allgemein gegen die Sozialiſierungsmaßnahmen proteſtiert hatte, nun aber die Gewährung eines Kredits von ca. 400 Millionen Schweizerfranken von der Vornahme „freier demokratiſcher Wahlen" abhängig macht.[1] Man kann nicht auf fremdem Boden gewachſene politiſche Lebensformen auf eine Kultur- und Wirtſchaftsverfaſſung aufpfropfen, die aus ganz anderen Wurzeln ſtammt. Und wenn die politiſche Demokratie des Weſtens die Frucht einer langen geiſtigen Entwicklung iſt, die von der Renaiſſance und der Reformation über die Aufklärung bis zu den philoſophiſchen und religiöſen Bewegungen des ſpäteren 19. Jahrhunderts reicht, anderſeits als materiell geſellſchaftlichen Unterbau zunächſt den liberalen Kapitalismus und die ihn tragende gewerblich-induſtrielle Bourgeoiſie hatte, bis auch — teilweiſe — die Arbeiterſchaft in ſie hineinwuchs und ſie zur wirtſchaftlich-ſozialen Demokratie zu erweitern ſtrebte, ſo verläuft eben der Weg der öſtlichen Länder offenbar in entgegengeſetzter Richtung: von der wirtſchaftlichen und ſozialen Befreiung zur politiſchen Demokratie und zu jener neuen geiſtigen Revolution, die auch im Weſten fällig iſt. Deswegen aber den öſtlichen Ländern jeglichen demokratiſchen Charakter abzuſprechen, wäre ebenſo unangebracht, wie wenn man wegen der Verfälſchung, Verzerrung und Verkümmerung, welche die politiſche Demokratie im Weſten durch den Kapitalismus erfahren hat, dieſe Länder ſchlechthin als Diktaturen bezeichnen wollte. „Es handelt ſich nicht darum", ſagt François Goguel im „Esprit" (Märzheft), „ſich gegenſeitig ausſchließende Kennzeichnungen auszuteilen; es gilt vielmehr anzuerkennen, daß der Reichtum und die Vielgeſtalt des demokratiſchen Ideals ſo beſchaffen ſind, daß, je nachdem die wirtſchaftliche, geſellſchaftliche und pſychologiſche Lage eines Landes den Nachdruck auf eine beſtimmte Erſcheinungsform (z. B. das Ideal der politiſchen Freiheit) oder auf eine andere (das Ideal der Gerech-

[1] Es darf hier auch an das freilich übertriebene Urteil Ferdinand Lundbergs („Amerikas ſechzig Familien") erinnert werden, durch das Aufkommen einer Induſtrie- und Finanzoligarchie und die Zuſammenballung ungeheurer Vermögen in verhältnismäßig wenigen Händen ſei bewirkt worden, „daß die Vereinigten Staaten, obſchon ſie einſtmals eine große politiſche Demokratie geweſen, keine geblieben ſind. Die Staatsbürger ſind wohl noch vor den Wahlurnen gleich, wo wenig entſchieden wird; aber ſie ſind nicht mehr vor den Kaſſenſchaltern der Banken gleich, wo viel entſchieden wird. In der Standard Oil Company, in der Aluminium Company of America, in E. I. Du Pont de Nemours & Company, in der Ford Motor Company und in anderen Induſtrieunternehmen, die alle im Weſen feudal und diktatoriſch regiert werden, haben die Vereinigten Staaten dynaſtiſche Herrſchaftsgebiete geſchaffen, im Vergleich zu denen die alte Hausmacht der Romanoffs, der Hohenzollern, der Habsburger und der Hannover unſichere und gehaltloſe Landgütchen darſtellen".

tigkeit) zu legen erfordert, auch die Mittel zu ihrer Verwirklichung nicht die gleichen ſein werden ... Es heißt nicht die Demokratie verraten, ſondern ihr dienen, wenn man ihre äußere Erſcheinungsform ihrem Weſensgehalt unterordnet, der in der materiellen und moraliſchen Hebung der Würde des Menſchen beſteht — des Maſſenmenſchen und nicht nur des Kaſtenmenſchen".

Im vorderen Orient Die Befreiung der Völkermaſſen Aſiens und Nordafrikas vollzieht ſich unter ähnlichen Bedingungen wie diejenige der europäiſchen Oſtvölker. Auch hier überall ein oft grauenhaft tiefes Exiſtenzniveau der breiten Unterſchichten; auch hier nirgends eine altverwurzelte politiſche Demokratie, ſondern nur irgendeine Form einheimiſcher oder fremder Diktatur (meiſt ſogar beides zuſammen); auch hier darum die Neigung, die wirtſchaftliche und ſoziale Befreiung mit den Methoden des Kommunismus oder doch in Anlehnung an die Sowjetunion zu ſuchen, und dementſprechend eine gewiſſe Schwäche des demokratiſchen Sozialismus. Nur verwickelt ſich das ganze Problem dadurch nicht wenig, daß neben den *ſozialen* allerorten der *nationale* Freiheitskampf tritt und ſich beide Bewegungen vielfach überſchneiden, teils mit hemmender, teils mit verſtärkender Wirkung.

In *Aegypten* und *Vorderaſien* hat ſich die ſoziale und nationale Bewegung vor allem mit der britiſchen Herrſchaft auseinanderzuſetzen. Großbritannien hat — auf dem Boden der internationalen Anarchie — eben ein Lebensintereſſe an der Sicherung ſeiner Land- und Seeverbindungen mit Indien und dem Fernen Oſten und zugleich — mit Amerika zuſammen — an der Sicherung der Petrolerzeugung und der Röhrenleitungen im Raume zwiſchen dem Perſiſchen Golf und dem Mittelmeer, und ſeine Abſicht geht deutlich dahin, aus den arabiſchen Staaten (acht an der Zahl mit 40 Millionen Einwohnern), Perſien und der Türkei einen feſten Damm gegen den Druck zu ſchaffen, der politiſch und ſozial von der Sowjetunion her auf dieſe Länder ausgeübt wird. Auf dem Hintergrunde des ſolcherart neu aufgetauchten britiſch-ruſſiſchen Intereſſengegenſatzes und unter Ausſpielung des einen Teils gegen den anderen vollzieht ſich das Ringen um die nationale und wirtſchaftliche Befreiung der Völker des vorderen Orients; die jüngſte Entwicklung der perſiſchen Frage und bis zu einem gewiſſen Grad auch des *Paläſtinaproblems* (von arabiſcher Seite wird bereits die Sowjetunion gegen die Angelſachſen angerufen) bietet dafür beſonders lehrreiche Beiſpiele. Solange Großbritannien auf die Sympathien der arabiſchen Welt angewieſen zu ſein glaubt, wird es jedenfalls den jüdiſch-zioniſtiſchen Beſtrebungen nie großzügig entgegenkommen, und es muß ſchon gut gehen, wenn auch nur die ſogar als Mindeſtprogramm unzulänglichen Empfehlungen der britiſch-amerikaniſchen Paläſtinakommiſſion verwirklicht werden ſollen. Die Paläſtinafrage

ist nur zu lösen im Rahmen einer umfassenden Verständigung zwischen Angelsachsen und Russen, die dann zu einer gründlichen Neuordnung in ganz Vorderasien führen müßte.

Inzwischen schreiten die Verhandlungen zwischen Großbritannien und Aegypten günstig fort; die Räumung des eigentlichen Aegyptens durch die britischen Streitkräfte ist beschlossene Sache, wenn auch die Suezkanalzone weiterhin in Reichweite der britischen Streitkräfte bleiben dürfte und Aegypten zum Abschluß eines „Bündnisvertrages" mit Großbritannien genötigt sein wird. Vergessen wir bei all dem auch nicht das viele Positive, das Englands Anwesenheit am Nil bedeutet hat! Was wäre insbesondere aus der Welt geworden, wenn Rommels Armee hart an der Grenze Aegyptens nicht auf den überlegenen Widerstand Montgomerys und seiner Truppen gestoßen wäre?

Indien, Indonesien und Ostasien

Und was wäre, so fragen wir gleich weiter, aus der Welt geworden, wenn *Indien* nach dem Willen der Nationalisten von britischen Streitkräften entblößt gewesen wäre und die Japaner irgendwo in Mittelasien den Deutschen und Italienern die Hand gereicht hätten? Daß Indien jetzt seine volle Unabhängigkeit gewinnen soll, ist offenkundig der ehrliche Wille der Labourregierung, und die britisch-indischen Verhandlungen wickeln sich denn auch in einem weit günstigeren Klima ab als zur Zeit der ersten Mission Cripps. Nur tut für ihren Abschluß große Eile not. Wichtig ist namentlich, daß die indischen Muhammedaner sich völlig klar darüber werden, daß sie auf keinerlei britische Unterstützung zählen könnten, wenn sie weiterhin die Einigung Indiens hintertreiben wollten, und daß die Anerkennung von Indiens Freiheit, sein Schicksal selber zu bestimmen, nicht notwendigerweise vom Zustandekommen einer Verständigung zwischen Hindus und Muhammedanern abhängt, so wünschenswert eine solche Verständigung an sich auch sein mag.

Es ist bemerkenswert, daß der Kommunismus in Britisch Indien anscheinend eine recht geringfügige Rolle spielt; die linksstehenden Führer der Kongreßpartei sind, soviel wir wissen, alles Sozialisten, insbesondere Nehru, der freilich wohl eher als Sozialliberaler zu gelten hat denn als Sozialist. Noch stärker ist die Stellung der Sozialisten in *Holländisch* Indien, wo die Sozialdemokratie die größte Partei darstellt; ihr gehören unter anderem der Ministerpräsident und Außenminister der Indonesischen Republik, Sjahrir, sowie der Innenminister Sjarifoedin an, der letzte als Parteipräsident. Der im Ausland mehr genannte Präsident der Republik, Soekarno, ist eher „extremer" Nationalist und hat auch mit den Japanern zusammengearbeitet, allerdings ohne Faschist geworden zu sein. Während der japanischen Besetzung regierten sich im übrigen die Indonesier im Inneren so ziemlich selbst, was ihr Nationalbewußtsein nicht wenig hob; sie sind deshalb auch kei-

neswegs geneigt, ſich mit den Zugeſtändniſſen der Holländer zufrieden zu geben, die zwar „grundſätzlich“ die Selbſtverwaltung der Eingeborenen in Ausſicht nehmen, tatſächlich aber auf alle abſehbare Zeit ihre Oberherrſchaft, namentlich in bezug auf die äußere Politik und die Landesverteidigung, nicht fahren laſſen wollen. Die Verhandlungen kommen ſo nur ſehr mühſam vom Fleck.

In *China* kann ſich die Diktatur Tſchiang-Kai-Scheks nur geſtützt auf die amerikaniſchen Bajonette halten. Ein demokratiſches China, das von älteſten Volksüberlieferungen getragen wäre, hätte demgegenüber gewiß ernſthafte Ausſichten; „aber das wollen weder London noch Waſhington, ſo wenig wie Moskau oder Tokio. Ein ſtarkes, geeintes, demokratiſches China würde ſich nichts befehlen laſſen, und die Mächte — *jede* Macht — wollten eben ein chineſiſches Regime, das ſich befehlen ließ“, meint ein Mitarbeiter des Londoner „Socialiſt Commentary“. Am ſtärkſten iſt jetzt in China der Einfluß Sowjetrußlands, beſonders in der Mandſchurei, wo ſich der Gegenſatz zwiſchen der Zentralregierung und der gewöhnlich als kommuniſtiſch bezeichneten Volksbewegung neuerdings bis zur Gefahr eines Wiederaufflammens des Bürgerkrieges zugeſpitzt hat. Ein dauerndes Uebergewicht Rußlands in China aber würde — ſo bemerkt der Verfaſſer des erwähnten Aufſatzes — die Hauptmaſſe des großen euraſiſchen Kontinents mit 800 Millionen Menſchen unter den direkten Einfluß des Sowjetreiches bringen, das damit der Weltherrſchaft ziemlich nahe käme.

Welchen Weg *Japan* gehen wird, iſt immer noch reichlich dunkel. Auch die Parlamentswahlen, die der amerikaniſche Oberkommandierende und Diktator MacArthur hat vornehmen laſſen und die den als „Liberale“ und „Fortſchrittler“ getarnten Vertretern des alten Wirtſchafts- und Geſellſchaftsſyſtems wunſchgemäß die Mehrheit gebracht haben, vermögen vorderhand keine Klarheit zu ſchaffen. Die Sozialiſten, die übrigens für die Erhaltung der Monarchie ſind, haben in der neuen Kammer — vorausgeſetzt, daß ſie überhaupt etwas Weſentliches zu ſagen haben wird — eine ſtarke Stellung errungen, während die für die Republik einſtehenden Kommuniſten nur ganz wenige Sitze zu gewinnen vermochten.

Sozialistische Demokratie

Die Alternative zu Faſchismus und Kommunismus bleibt bei all dem immer die ſozialiſtiſche Demokratie. Es wäre darum entſcheidend wichtig, wenn ſich ihrer — in der Partei — wie in der Gewerkſchaftsform — Großßbritannien im Vorderen Orient ebenſo wie im Fernen Oſten kräftig und planmäßig annähme. Mag es für eine konſervativ-imperialiſtiſche Außenpolitik normal geweſen ſein, allen ſozialen Freiheitsbewegungen kolonialer und halbkolonialer Völker mit Mißtrauen zu begegnen — eine Labourregierung ſollte hier andere Methoden anzuwenden im-

ſtande ſein. Wobei allerdings geſagt werden muß, daß es mit der bloßen Uebernahme des früher in der britiſchen Kolonialverwaltung üblich geweſenen Antikommunismus in „ſozialiſtiſcher" Form nicht getan iſt; nur ein poſitiver, gleichzeitig radikaler und freiheitlicher Sozialismus vermöchte ein Gegengewicht gegen den von Rußland her vordringenden autoritären Sozialismus zu bilden. Aehnliches gilt für die britiſche Politik gegenüber Deutſchland. Von einer entſchloſſenen Unterſtützung der deutſchen Sozialdemokratie und der Gewerkſchaften durch die Weſtalliierten, die auf gemeinſamer Arbeit für den wirtſchaftlichen Wiederaufbau und für eine umfaſſende Sozialiſierung der dafür geeigneten Wirtſchaftszweige beruhen müßte, hängt geradezu die Zukunft der Demokratie in Weſt- und Süddeutſchland ab. Die Politik, die die Beſetzungsmächte bisher gegenüber Deutſchland betrieben haben — territoriale Verſtümmelung, Förderung der Wirtſchaftszerrüttung, Begünſtigung des ſozialen Konſervatismus und namentlich der klerikalen Reaktion, verbunden mit bemühender Nachſicht gegenüber den ehemaligen Nationalſozialiſten, iſt auf jeden Fall nicht beſonders geeignet, das deutſche Volk dem Faſchismus und dem Kommunismus zu entfremden.

Vorausſetzung dafür, daß gegen die autoritären Strömungen, die Europa und die Welt zu überſchwemmen drohen, eine lebendige Freiheitsbewegung aufkommt, iſt freilich, daß die Demokratie entſchloſſen und konſequent *ſozialiſtiſch* wird, daß ſie nicht in einem engherzigen Parteiſozialdemokratismus, einem gehäſſigen Antikommunismus und einem kleinbürgerlichen Sozialkonſervatismus ſtecken bleibt, vielmehr ihren Glauben mit dem gleichen miſſionariſchen Eifer ausbreitet und durch die Tat beweiſt, wie das die Anhänger des Kommunismus tun. Und da fehlt es nun eben, mindeſtens auf dem europäiſchen Feſtland, ganz bedenklich. Wir konnten nicht ohne ein Gefühl der Bedrückung leſen, was letzthin im „Journal de Genève" Profeſſor Stelling-Michaud, gewiß kein enger Reaktionär, ſchrieb: daß nämlich „der Sozialismus, der noch vor einem Jahrzehnt als eine revolutionäre Kraft galt, heute aus ſeinem Gegenſatz zum kommuniſtiſchen Programm heraus eine *ſtaatserhaltende Kraft* geworden" ſei. Die Lebendigkeit, die das Regime der Sowjetunion im Krieg bewieſen habe, habe in einer Reihe von Ländern, namentlich in Frankreich, das Proletariat zu einer maſſiven Schwenkung vom Sozialismus weg und zum Kommunismus hin veranlaßt, und wenn ſich die kommuniſtiſchen Parteien an der ruſſiſchen Politik orientierten, ſo die ſozialdemokratiſchen Parteien immer mehr an der Politik der britiſchen Labourregierung, die ein Doppelgeſicht trage: im Innern fortſchrittlich und energiſch ſozialiſierend, nach außen „konſervativ in der Abſicht, den Lebensſtand Großbritanniens aufrechtzuerhalten und das Reich gegen die zerſetzenden Beſtrebungen der kommuniſtiſchen Sowjetunion und ihrer Hilfskräfte zu ſchützen". Und wenn François Bondy im „Servir" von der Sozia-

liſtiſchen Partei Frankreichs feſtſtellt, daß ſie „den Hauptteil ihres Anhanges in der Arbeiterſchaft zugunſten der Kommuniſtiſchen Partei verloren“ habe, der einzigen Partei, die über eine breite Maſſe von Anhängern und treuen Wählern verfüge, die untereinander in einer wirklichen Glaubensgemeinſchaft verbunden ſeien, ſo wird es ebenfalls ſchwer ſein, dieſer Schilderung ein freundlicheres Bild entgegenzuſetzen.[1] Gar nicht zu reden von der deutſchen Sozialdemokratie, die den Beweis erſt noch zu erbringen hat, daß ſich ihre geiſtige Haltung grundſätzlich von derjenigen der Vorkriegsſozialdemokratie unterſcheidet, die zwar auch impoſante Wählermaſſen in Bewegung zu ſetzen wußte, aber als lebendige Kraft zur Verwirklichung des Sozialismus nicht mehr in Frage kam.

Das mag zunächſt alles nicht ſehr optimiſtiſch klingen. Aber iſt es wirklich roſaroter Optimismus, was uns am meiſten not tut? Viel wichtiger ſcheint mir, daß wir uns ganz klar werden: nur ein von tief innen her erneuerter demokratiſcher Sozialismus, nur eine zu umwälzenden ſozialen Verwirklichungen entſchloſſene und fähige Demokratie wird eine Zukunft haben. Daß die dafür erforderliche *geiſtige* Revolution durchbreche — *das* tut uns vor allem not. Und es heißt darum nicht profanieren, wenn wir auch im Hinblick auf die politiſche und ſoziale Weltlage, die uns menſchlich oft ſo wenig Hoffnung zu bieten ſcheint, bitten: Komm, mächtiger Schöpfer-Geiſt! *Hugo Kramer.*

6. Mai 1946.

Religiös-ſoziale Vereinigung

Voranzeige.

Wir möchten die Leſer der „Neuen Wege“ ſchon jetzt darauf aufmerkſam machen, daß für die Woche vom 5. bis 10. Auguſt ein Ferienkurs vorgeſehen iſt mit dem Geſamttitel: *Wie begründen wir unſere ſozialiſtiſche Hoffnung?* unter Leitung von *Pfarrer Trautvetter.* Die einzelnen Themen werden lauten: Das Recht des Marxismus, das Recht des Kommunismus, das Recht des engliſchen Sozialismus, das Recht des Anarchismus, Sozialismus aus dem Glauben. Ueber die Referenten, den Ort und die Preiſe hoffen wir in dem Augenblick, wo Sie die „Neuen Wege“ in der Hand haben, bereits Beſcheid geben zu können. Man wende ſich an das Sekretariat, Gartenhofſtraße 7, Zürich 4, um nähere Auskunft.

---

[1] Eine Rechtsſchwenkung der franzöſiſchen Sozialiſten unter dem Eindruck der Verwerfung des Verfaſſungsentwurfes, wie ſie ſich jetzt abzuzeichnen ſcheint und zu einer ſozialiſtiſch-katholiſchen Koalition der Mitte mit Front gegen die äußerſte Rechte wie gegen die kommuniſtiſche Linke führen müßte, wäre unter dieſen Umſtänden beſonders verhängnisvoll. Die Verbürgerlichung des Sozialimus würde auf dieſem Wege vollends raſch fortſchreiten, und *ſie* iſt es ja, die heute die entſcheidende Gefahr für den Sozialismus darſtellt, nicht ſeine Radikaliſierung. Der Kommunismus würde einem *ſolchen* Sozialismus gegenüber erſt recht leichtes Spiel haben und noch mehr als bisher als die einzig revolutionäre Kraft erſcheinen. (10. 5.)